



Dr. Volker Ullrich MdB

Ihr Bundestagsabgeordneter für Augsburg und Königsbrunn

Brief aus Berlin

Newsletter

Nr. 1

19.01.2017



Liebe Leserinnen und Leser,

der Familiennachzug muss für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus ausgesetzt bleiben. Wir haben deshalb in dieser Woche einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Denn für uns steht fest: Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres Landes hat Grenzen.

In meiner Rede im Plenum diese Woche habe ich mich grundsätzlich mit Europa beschäftigt. Neben Frieden, Sicherheit und Wohlstand geht es um die Verteidigung der liberalen, rechtsstaatlichen, pluralen Demokratie gegen einen vereinfachenden populistischen Nationalismus. Europa muss in der Migrationsfrage einig und entschlossen handeln, die Initiative Frankreichs zur Fortentwicklung der Eurozone aufgreifen und Rechtsstaatlichkeit einfordern und Sicherheit gewährleisten.

Außerdem hat der Deutsche Bundestag 23 Ausschüsse eingesetzt. Hier werden Gesetzentwürfe, Anträge und Initiativen beraten. Mehr Details zu den Ausschüssen und ihrer Arbeit, finden Sie auf den [Seiten des Bundestages](#).

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Dr. Volker Ullrich, MdB

Diese Woche

Beschlüsse zum Familiennachzug	2
Antisemitismus entschlossen bekämpfen	3
Grüne Woche in Berlin	4
Untersuchungsausschuss zum Fall Amri eingesetzt	5
Basis für Koalitionsverhandlungen steht	6

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Familiennachzug weiter aussetzen



Mit einem unbegrenzten und unregelmäßigem Familiennachzug ist niemandem geholfen, macht Michael Frieser, innenpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag, in seinem Kommentar deutlich. Deshalb hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur weiteren Aussetzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus in den Bundestag eingebracht.

Diese Woche haben wir den Gesetzentwurf zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten beraten. Er sieht vor, dass der Familiennachzug in einem ersten Schritt weiterhin ausgesetzt bleibt. In einem zweiten Schritt werden wir bis Juli 2018 eine Neuordnung des Familiennachzugs beschließen.

Wir setzen hiermit das Sondierungsergebnis eins zu eins um. Für alle Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und Asylberechtigten bleibt – wie bislang auch – die Möglichkeit des Familiennachzugs bestehen. Personen, die individuell verfolgt werden, dürfen also ihre Familien nachholen. Alle anderen, die nicht individuell verfolgt werden, sondern einer allgemeinen abstrakten Gefahr entgehen möchten, haben dagegen ein geringeres Schutzniveau. Der Familiennachzug wird für diese Gruppe daher in Zukunft neu geregelt.

Mit der SPD haben wir uns in den Sondierungen hierzu auf einen vernünftigen Kompromiss geeinigt, der unsere Forderungen umsetzt: Der Familiennachzug erfolgt in Zukunft geordnet und gestaffelt und ist nur aus humanitären Gründen möglich. Die Gesamtzahl von tausend nachzugsberechtigten Personen im Monat stellt sicher, dass unsere Kommunen unter dem Familiennachzug nicht zusammenbrechen. Denn Integration kann nur gelingen, wenn der Nachzug geordnet abläuft und auf eine überschaubare Zahl begrenzt wird. Mit einem unbegrenzten und unregelmäßigem Nachzug, der unsere Aufnahme- und Integrationsmöglichkeiten überfordert, ist niemandem geholfen.

Um sicherzustellen, dass der Familiennachzug in Zukunft nicht mehr als illegale Zuwanderung missbraucht wird, werden wir den Nachzug an klare Vorgaben knüpfen: Ehen müssen vor der Flucht geschlossen worden sein und Betroffene dürfen weder Gefährder sein, noch Straftaten begangen haben.

Insgesamt konnten wir so unsere Ziele aus unserer Klausurtagung in Seon gegenüber der SPD durchsetzen: Wir schließen aus, dass unter dem Deckmantel des Familiennachzugs eine illegale



Einwanderung nach Deutschland erfolgt. Gleichzeitig kommen wir mit dem eingeschlagenen Weg unserer humanitären und verfassungsrechtlichen Pflicht zum Schutz der Familien nach, ohne dabei Deutschland bei der Integration zu überfordern.

Antisemitismus entschlossen bekämpfen



„Der Kampf gegen den Antisemitismus muss Aufgabe eines jeden Deutschen sein“, erklärte Alexander Dobrindt bei der Debatte im Deutschen Bundestag. Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde am Donnerstag ein entsprechender Antrag gegen Antisemitismus verabschiedet. Vorgesehen ist auch einen Antisemitismus-Beauftragten einzusetzen.

Brennende Israel-Fahnen vor dem Brandenburger Tor, Hass gegen Juden mitten in Berlin – das ist nicht hinnehmbar. Denn eines ist klar: „Die Anerkennung des israelischen Staates, der Schutz des jüdischen Volkes, der Kampf gegen jede Form von Antisemitismus, das alles gehört in der Tat unauflösbar zu Deutschland“, so Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag.

Die CDU/CSU-Fraktion hat gemeinsam mit den Fraktionen der SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen einen entsprechenden Antrag beschlossen und so ein klares Zeichen gesetzt. Dabei geht es darum, den Aufruf zum Hass gegen Teile der Bevölkerung künftig als deutlich gravierender einzustufen. Außerdem soll ein Antisemitismus-Beauftragter eingesetzt werden. Diese Person soll von einem unabhängigen Kreis beraten werden, der im Benehmen mit der Bundesregierung berufen wird und sich aus jüdischen und nichtjüdischen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft zusammensetzt. „Wir werden keinem alten, keinem neuen, übrigens auch keinem leisen und keinem lauten, keinem rechtsextrem und keinem linksextrem motivierten Antisemitismus und keinem islamistischen Antisemitismus in unserem Land auch nur einen Millimeter Platz einräumen. Das ist in der Tat unser aller Auftrag und Verpflichtung“, stellte Dobrindt klar. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag machte deutlich, dass Antisemitismus vielschichtig ist. „Ja, es stimmt, dass antisemitische Delikte und die Hetze überwiegend aus rechtsextremen Kreisen kommen. Gleichzeitig erleben wir, dass in manchen Heimatländern der Menschen, die bei uns Schutz suchen, der Antisemitismus Teil der Sozialisierung ist.“ Deshalb sei es wichtig, die historische Verantwortung stärker in die Integrationskurse einzubeziehen. Dobrindt: „Wer bei uns Schutz sucht, der muss bereit sein, unsere jüdischen Mitbürger zu schützen. Das ist es, was wir von jedem, der bei uns leben will, in gleichem Maße verlangen.“



Gesunde Ernährung - für ein gutes Leben



Pünktlich zum Start der „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin, der weltgrößten Messe für Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau, debattierten die Abgeordneten im Bundestag darüber, was für eine gesunde Ernährung in Deutschland wichtig ist. Klar ist: Die Grundlagen für eine gesunde Ernährung werden in der Landwirtschaft gelegt.

92 Prozent der Menschen legen Wert auf gesundes Essen. Das ist ein Ergebnis des Ernährungsreports 2018 „Deutschland, wie es isst“, den das Bundeslandwirtschaftsministerium unlängst veröffentlichte. „Ob Superfood, Paleo, Clean Eating oder Kunstfleisch – die Liste der Ernährungstrends wird jedes Jahr länger. Das zeigt, wie wichtig das Thema inzwischen in unserer Gesellschaft geworden ist“, erklärte Marlene Mortler, agrarpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe, anlässlich der Debatte im Bundestag.

Keine staatliche Bevormundung

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass sich die Politik regelmäßig mit dem Thema auseinandersetzt. „Strafsteuern und staatliche Bevormundung sind aber der falsche Weg“, so Mortler. Die CSU Sorge bereits für verbesserte Aufklärungs-, Bildungs- und Informationsmaßnahmen, mit denen man schon bei den Kleinsten in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen beginne. Jetzt gehe es darum, die Informationen kontinuierlich, flächendeckend und altersgerecht anzubieten. „Ziel ist, den Verbraucher durch ausreichende Transparenz in der gesamten Lebensmittelkette eine eigenverantwortliche und sachgerechte Entscheidung zu ermöglichen“, ergänzte ihr Kollege Alois Rainer (CSU).

Brauchen wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Rainer erinnerte in seiner Rede daran: „Die Grundlagen für eine gesunde Ernährung werden in der Landwirtschaft gelegt.“ Das gestiegene Interesse an der Landwirtschaft betrachtet er als Chance: Wenn die Menschen verstehen, wie produziert wird, wachse die Wertschätzung und letztlich auch die Wertschöpfung. Die Aufgabe der Politik sieht Rainer darin, die Landwirtschaft in Deutschland zu unterstützen und die Weichen so zu stellen, dass sie auch noch in vielen Jahren interessant ist. „Wir brauchen eine selbstbewusste und nachhaltige sowie vor allem wettbewerbsfähige Landwirtschaft.“

Vom 19. bis 28. Januar 2018 findet die „Internationale Grüne Woche“ in Berlin statt. Mehr als 1.600 Aussteller aus aller Welt präsentieren dort alle Facetten moderner Land- und Ernährungswirtschaft sowie ein umfangreiches Angebot an regionalen Spezialitäten.



Untersuchungsausschuss zum Fall Amri eingerichtet



von Stephan Mayer, CSU



Der Deutsche Bundestag hat einen Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz eingerichtet. Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stellt klar: Sollte der Untersuchungsausschuss zu dem Ergebnis kommen, dass entsprechende Gesetzesänderungen notwendig sind, müssen diese rasch erfolgen. Das gebietet der Respekt vor den Opfern, aber auch die Pflicht für bestmögliche Sicherheit zu sorgen.

Auf Verlangen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird auch im Bundestag ein Untersuchungsausschuss im Fall Amri eingerichtet. Warum?

Es hat sich gezeigt, dass trotz der bisherigen Arbeit einiger Untersuchungsausschüsse und Sonderbeauftragten der Länder nach wie vor grundlegende Fragen ungeklärt sind. Zudem ist ein Untersuchungsausschuss auf Ebene des Bundes sicherlich besser geeignet, ein Gesamtbild zu erfassen. Unsere Sicherheitsarchitektur ist nun einmal bislang von einem komplexen Zusammenspiel zahlreicher Bundes- und Landesbehörden geprägt. Daher bedarf es eines Gremiums, das all diese Vorgänge zusammen in den Blick nimmt. Die bisherige Befassung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages wie auch des Parlamentarischen Kontrollgremiums reicht hierfür allerdings nicht aus.



Was ist bereits über den Fall Amri bekannt?

Wir wissen natürlich bereits viel über den eigentlichen Tathergang, insbesondere durch die Arbeit einiger Untersuchungsausschüsse und Sonderbeauftragter der Länder Nordrhein-Westfalens und Berlins sowie den Bericht des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Deutschen Bundestages. Wichtige Fragen sind aber nach wie vor unbeantwortet. Diese betreffen etwa die Zusammenarbeit der zuständigen Bundes- und Landesbehörden, die Frage weiterer Mittäter, die Rolle des internationalen Informationsaustausches und die spätere Flucht des Attentäters. Und die nach wie vor offene, aber zentrale Frage ist doch: Wie konnte eine Person, die den Sicherheitsbehörden bereits so oft aufgefallen war und kein Aufenthaltsrecht hatte, dennoch diese schreckliche Tat begehen?

Wie soll der Untersuchungsausschuss arbeiten? Wann liegen Ergebnisse vor — und was geschieht mit diesen?

Ich hoffe, dass sich alle Fraktionen auf eine zügige Arbeit verständigen, um möglichst rasch die notwendigen Schlussfolgerungen vorlegen zu können. Taktische Spielchen, die vom eigentlichen Untersuchungsauftrag ablenken, verbieten sich daher. Ich erwarte, dass der Untersuchungsausschuss von dem gemeinsamen Willen getragen wird, wirkliche Verbesserungen unserer Sicherheitsarchitektur zu erzielen. Sollte der Untersuchungsausschuss nämlich zu dem Ergebnis kommen, dass hierfür auch entsprechende Gesetzesänderungen notwendig sind, müssen wir ausreichend Zeit haben, diese noch in dieser laufenden Legislaturperiode vorzunehmen. Dies gebietet bereits einerseits der Respekt für die Opfer und deren Hinterbliebenen und andererseits die Pflicht, die bestmögliche Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger vor solchen abscheulichen Terroranschlägen zu gewährleisten — so umfassend, aber auch so rasch wie möglich. Mir persönlich wichtig ist auch, dass wir der Frage nachgehen, ob und wie wir die Betreuung der Opfer und ihrer Angehörigen nach einem solchen schrecklichen Terroranschlag künftig besser sicherstellen.

Basis für Koalitionsverhandlungen steht – mit klarer christlich-sozialer Linie



Wir haben bei den Sondierungsgesprächen mit der SPD gute Ergebnisse erzielt - mit einer klaren christlich-sozialen Handschrift für eine bürgerliche Regierung. Dies zeigt sich insbesondere bei den Vereinbarungen zu Steuerentlastungen, der Familienförderung und der Begrenzung der Zuwanderung.



Die Menschen in Deutschland haben der CSU im September einen klaren Regierungsauftrag erteilt. Dieser Verantwortung waren und sind wir uns bewusst – und dieser Verantwortung stellen wir uns.

Wir haben deshalb in den vergangenen fünf Tagen mit der SPD intensiv über eine gemeinsame Basis für eine mögliche schwarz-rote Koalition gerungen. Dabei war für uns klar: Ein Weiter-so darf es nicht geben. Deutschland braucht ein Zukunftsprojekt, das Stabilität und Ordnung gewährleistet, unser Land zusammenführt, den Fortschritt gestaltet und Arbeit, Wachstum und Wohlstand sichert.

Die CSU hat dafür in den Verhandlungen mit aller Kraft gekämpft und eine christlich-soziale Linie für eine klar bürgerliche Regierung durchgesetzt – mit einer wirksamen Begrenzung der Zuwanderung, mehr Sicherheit für alle, echten Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen, mehr Unterstützung für Familien, bessere Pflege und Renten und einen starken Wirtschaftsstandort. Damit ist für uns die Basis für weitere Gespräche zur Bildung einer Bundesregierung gegeben. Wir wollen mit der SPD in Koalitionsverhandlungen eintreten und diese zügig abschließen. Deutschland braucht endlich eine klare Perspektive für die kommenden vier Jahre.

Weitere Informationen sowie die Ergebnisse der Sondierungsgespräche im Einzelnen finden Sie [hier](#).



Impressum

Herausgeber: Dr. Volker Ullrich, MdB, CSU im Bundestag

Heilig-Kreuz-Str. 24, 86152 Augsburg,

Telefon: 0821 / 5047 9440, E-Mail: volker.ullrich.wk@bundestag.de, Fax: 0821 / 5047 9441

Bildnachweis: CSU Landesgruppe / picture alliance / NurPhoto